



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2008/06945**
Datum: 08.01.2008
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.01.2008	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss	20.02.2008	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in nichtöffentlicher Sitzung darzustellen, ob gegenwärtig die Bestimmungen der EG VO 1370/2007 Art. 5 Absatz 2a für die Direktvergabe von Personenverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, in der Stadt Halle (Saale) erfüllt werden.
2. Sofern nach der Analyse des Status quo das Ergebnis eine Direktvergabe von Personenverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, nach den Bestimmungen der EG VO 1370/2007 Art. 5 Absatz 2a ausschließt, wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) von der Oberbürgermeisterin bis zum März 2008 ein Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die Option der Direktvergabe v. g. Personenverkehrsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) zu nutzen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Mit der am 03.12.2007 veröffentlichten VO 1370/2007 über „öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße“ erhalten die Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs die Möglichkeit, Personenverkehrsdienstleistungen direkt an ein vom Aufgabenträger ausgewähltes Verkehrsunternehmen ihrer Wahl zu vergeben. Diese „Direktvergabe“ ist an konkret zu erfüllende Kriterien gebunden. Ob und in welchem Umfang die Bestimmungen zur Direktvergabe nach der v. g. VO im Zuständigkeitsbereich des Aufgabenträgers „Stadt Halle (Saale)“ erfüllt werden oder welche Maßnahmen zur Erfüllung dieser Option notwendig sind, soll dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zur weiteren Entscheidungsfindung vorgelegt werden.

Sitzung des Stadtrates am 30.01.

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)

Vorlage-Nr.: IV/2008/06945

TOP: 7.4

Beantwortung:

Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat vor, diesen Beschlussvorschlag in veränderter Fassung anzunehmen.

Neuer Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Im Rahmen der Prüfung der optimalen Erbringung der Nahverkehrsleistungen auf dem Stadtgebiet von Halle (Saale) wird die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Stadtrat aufgefordert zu prüfen:

- Welche eigentumsrechtlichen Formen des Nahverkehrsunternehmens geeignet sind und
- welche Schritte zur Erlangung dieser veranlasst werden müssen, um unter EU-rechtskonformen Bedingungen die wirtschaftlich und sozial verträglichste Lösung für die Stadt Halle (Saale) und ihr Nahverkehrsunternehmen zu erlangen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter